



Internationale Reaktionen auf die Äußerungen des iranischen Präsidenten zum Holocaust und zum Existenzrecht Israels

Berichte aus den Auslandsbüros
der Konrad-Adenauer-Stiftung

März 2006



INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einführung.....	3
2.	Israel	4
3.	Palästinensische Gebiete	5
4.	USA.....	7
5.	Großbritannien	9
6.	Russland	10
7.	Italien	12
8.	Frankreich	13
9.	Skandinavien	15
10.	BeNeLux-Länder.....	15
11.	Türkei.....	18

1. Einführung

Am 8. Dezember 2005 leugnete der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad in einer Pressekonferenz den Holocaust. Als Reaktion auf die Proteste, die daraufhin weltweit laut wurden, kündigte die iranische Regierung eine Konferenz über den Holocaust an, um „dessen Ausmaß zu bewerten und über seine Konsequenzen zu diskutieren“. Zu den eingeladenen „Experten“ zählen die gerichtsbekanntenen Holocaust-Leugner David Irving und Horst Mahler. Offene Drohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegen Israel verstärken zusätzlich die Besorgnis über den Kurs des iranischen Regimes.

Nicht nur in Deutschland hat sich eine rege Diskussion darüber entwickelt, wie die iranische Politik gegenüber Israel und insbesondere die Behandlung des Holocaust zu bewerten sind und wie die internationale Politik mit dem iranischen Regime in dieser Frage umgehen soll. Die KAS hat deshalb ihre Auslandsbüros in ausgewählten Ländern gebeten, kurz über diese Debatte zu berichten und dies hier zusammengestellt.

Eine starke Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad fand erwartungsgemäß in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten statt. In Italien, Frankreich, Skandinavien und den BeNeLux-Ländern gab es ebenfalls eine lebendige Debatte. In den USA, Großbritannien, und Russland dagegen wurden die Äußerungen Ahmadinedschads zum Holocaust zwar wahrgenommen und verurteilt, weit bestimmender war jedoch die sicherheitspolitische Diskussion um das iranische Atomprogramm und dessen internationale Konsequenzen. Die Türkei bemühte sich um eine weitgehend neutrale Position.

Für die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) ist klar, dass die Drohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegen Israel strikt abzulehnen sind und insbesondere den Versuchen, den Holocaust zu leugnen und dies durch Konferenzen zu untermauern, entgegenzutreten ist. Zu diesem Zweck steht die KAS im Sinne einer stärkeren Abstimmung im Gespräch mit den anderen politischen Stiftungen und auch mit dem American Jewish Committee.

Berlin, im März 2006

Dr. Peter Fischer-Bollin

Leiter Europa/USA,
HA Internationale Zusammenarbeit



2. Israel

Die Leugnung des Holocaust und die antisemitischen Aussagen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschads werden im öffentlichen Diskurs Israels im Kontext der feindlichen Politik des Iran gegenüber dem Staat Israel gesehen.

Im Dezember 2005 reagierte Silvan Shalom, der damalige Außenminister, mit harschen Worten: Ahmadinedschad sei nicht nur ein Israel-Hasser, sondern auch ein rassistischer Antisemit. Israel Sorge sich zudem um die heute noch 13.000 Mitglieder umfassende jüdische Gemeinde im Iran. Ähnlich äußerten sich Generalstabschef Shaul Mofaz und Ehud Olmert.

Als Konsequenz der Aussagen des iranischen Präsidenten haben kürzlich die Menschenrechtsorganisation „Civil Coalition“ und ein israelischer Rechtsanwalt aus Ramat Gan Klage „im Namen des jüdischen und deutschen Volkes“ gegen Ahmadinedschad beim Generalstaatsanwalt in Karlsruhe eingelegt und Ahmadinedschad Holocaustverleugnung vorgeworfen.

Der iranische Präsident ist nicht der erste hochrangige Politiker, der sich antisemitisch und anti-israelisch äußert. Die Brisanz der Aussagen Ahmadinedschads hingegen liegen für Israel vor allem darin, dass der Iran nicht nur in der politischen Rhetorik von der Vernichtung Israels spricht, sondern mit der Entwicklung des Atomprogramms diese Vernichtung offenbar auch tatsächlich anstrebt. Diese Gefahr wird auch deshalb als realistisch angesehen, weil der Iran vor allem durch die Unterstützung der Hisbollah im Libanon und des Islamic Jihad in den palästinensischen Gebieten bereits Israel bekämpft.

Die Äußerungen des iranischen Präsidenten über den Holocaust haben aus israelischer Sicht mithin lediglich gezeigt, wie irrational, fanatisch, unberechenbar und deshalb wie gefährlich Ahmadinedschad eigentlich ist.

Die Äußerungen über den Holocaust haben dazu beigetragen, dass die Gefahr, welche Israel schon seit langem gesehen hat, nun auch international erkannt und ernst genommen wird. Israel kann einen wichtigen diplomatischen Erfolg für sich verbuchen, da sich - verstärkt durch die Holocaustleugnung – eine internationale Koalition gegen den Iran abzeichnet. In diesem Zusammenhang war auch der Besuch im Februar von Bundeskanzlerin Merkel in Israel wichtig: beide Seiten betonten, dass es bei der Einschätzung in der Iran-Frage keinerlei Unterschiede gäbe. Die Erhaltung dieser internationalen Koalition steht auch weiter



im Mittelpunkt, auch wenn von israelischer Seite immer wieder betont wird, dass Israel „über alles Notwendige verfüge“, um sich selbst zu verteidigen.

Die Politik des Iran spielt auch im israelischen Wahlkampf eine Rolle: Einerseits betont Ehud Olmert (Kadima) die große Bedeutung der internationalen Koalition, Benjamin Netanjahu (Likud) hingegen sieht die Notwendigkeit, dass Israel in der Lage sein müsse, sich notfalls allein verteidigen zu können - vor allem auch deshalb, weil international keine wirkliche Lösung absehbar sei.

Im arabischen Sektor Israels ist erst in den letzten Jahren Bewegung in den Umgang mit dem Holocaust gekommen. Nun existiert z.B. ein erstes Holocaustmuseum im arabischen Sektor, und ein Diskurs über den Holocaust findet - in noch sehr begrenztem Rahmen - statt. Häufig folgt man aber auch hier einer Logik, die der von Ahmadinedschad ähnelt: Eigentlich ist „Europa“ an der Vertreibung der Juden Schuld, welches zur Errichtung des Staates Israel 1948 und damit zum Verlust des Landes und zum Leiden der Araber geführt habe. Die „Naqba/Katastrophe“ von 1948 wird nicht selten auch als „arabischer Holocaust“ bezeichnet. Häufig wird so der Holocaust genutzt, um die Opferrolle der Araber in Israel zu betonen. In der arabischen Presse Israels wurde jedoch kaum direkter Bezug auf Ahmadinedschad genommen. Dennoch gibt auch sehr vereinzelte kritische Stimmen: Der Führer der Islamischen Bewegung in Israel, Sarsur, kritisierte Ahmadinedschad Aussage, der Holocaust sei ein Mythos, mit den Worten: „Der Koran sagt: ‚Wenn auch immer einer einen einzigen Menschen tötet, dann ist es, als habe er die ganze Welt getötet.‘ In den Augen Allahs ist Mord ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, das man nicht einfach fallen lassen kann. Ahmadinedschad Äußerungen stellen einen gewaltigen Fehler dar, der uns als Muslime beleidigt.“ (Haaretz 21.2.2006)

Dr. Lars Hänsel, 13.3.2006

Tel.: +972-2-5671830

E-Mail: office@kasisrael.org

3. Palästinensische Gebiete

Holocaust-Leugnung und Antisemitismus spielen nicht erst seit den Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad eine große Rolle in den Palästinensischen Gebieten. Selbstverständlich beeinflusst der jahrzehntelange, teils gewaltsame Konflikt mit Israel die Wahrnehmung und Einstellung der palästinensischen Bevölkerung zu diesem



Thema. Dabei wird der Zusammenhang mit dem Holocaust in Diskussionen gerade gegenüber Deutschen sehr schnell, offensiv und bewusst hergestellt.

Das Leugnen oder zumindest Relativieren des Holocausts sind heute nicht nur weit verbreitet, sondern leider vorherrschend. Überdies gibt es auch keine Tendenz hin zu einer stärkeren Akzeptanz historischer Tatbestände - eher im Gegenteil.

Während bei der einfachen Bevölkerung dabei schlichtes Leugnen der historischen Tatsachen vorherrscht, argumentieren gebildetere Gesprächspartner meist, die Größenordnung und das Ausmaß des Holocaust würden übertrieben dargestellt. Oft wird versucht, den Holocaust mit anderen historischen Ereignissen auf eine Stufe zu stellen. Der Holocaust als Faktor bei der Staatsgründung Israels wird in der arabischen Welt paradoxerweise eher überschätzt. Zudem ist die Auffassung verbreitet, besonders Deutschland lasse sich wegen des Holocaust heute noch missbrauchen und es sei an der Zeit, den Holocaust historisch einzuordnen. Das Leugnen des Holocausts verhindert nicht nur das Mitfühlen mit dem Gegner, sondern legitimiert auch Kritik an der Existenz Israels.

Insofern treffen die Äußerungen Ahmadinedschads in den palästinensischen Gebieten inhaltlich auf fruchtbaren Boden. Andererseits ist der palästinensische Antisemitismus sehr stark vom persönlichen Schicksal und der Erfahrung der Niederlage gegen Israel geprägt, während der iranische weit ideologischer und abstrakter zu sein scheint. Generell verfügt der iranische Islamismus in den Palästinensischen Gebieten über nur wenige Anhänger.

Präsident Abbas selbst hat sich zu diesem Thema in der letzten Zeit nicht geäußert. Von der Hamas, die als Sieger aus den jüngsten Parlamentswahlen hervorging und die im „Karikaturenstreit“ eher beschwichtigend wirkte, ist dagegen häufig ein Relativieren des Holocaust zu hören. Dies auch nicht erst im Zusammenhang mit den Äußerungen Ahmadinedschads, sondern beispielsweise auch in der Charta der Hamas. Zustimmung zu den Ansichten Ahmadinedschads entsteht dabei jedoch nicht, wie oft vermutet, aus politischer Zusammenarbeit heraus, sondern eher aus der Wahrnehmung eines gemeinsamen Feindes (Israel) und dem Empfinden einer ungerechten Behandlung.

Die Arbeit der KAS Ramallah richtet sich nicht zuletzt gegen die beschriebene Wahrnehmung des Holocausts durch die Palästinenser. Durch politische Bildungsarbeit und die Hilfe bei der Bereitstellung entsprechender Lehrmaterialien für Schulen und Jugendarbeit wird die KAS künftig ihre Arbeit in diesem Bereich verstärken. Auch ist an eine Wieder-



aufnahme der gemeinsamen Besuche von Deutschen, Israelis und Palästinensern in Yad Vashem gedacht.

Thomas Birringer, 10. März 2006

Tel.: +972-2-2980144

E-Mail: Biringger@kas-palestine.org

4. USA

Die Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad in welchen er am 8. Dezember in einer Pressekonferenz den Holocaust geleugnet hatte, fanden in den USA ein insgesamt eher schwaches Echo.

Das State Department veröffentlichte keine Pressemitteilung zu den Äußerungen. Lediglich im täglichen Presse-Briefing hat der stellvertretende Pressesprecher des US-State Department, Adam Ereli, am 8. Dezember 2005 auf Nachfrage eines Journalisten erklärt, dass diese Bemerkungen ein weiteres Beispiel für die politische Haltung des iranischen Regimes seien und früheren Äußerungen folgten, die zur Zerstörung Israels aufriefen sowie feindseligen und aggressiven Reden bei den Vereinten Nationen. Diese neuesten Bemerkungen seien zugleich entsetzlich und verwerflich und sicher nicht dazu geeignet, in der internationalen Gemeinschaft Hoffnung zu wecken, dass die iranische Regierung sich als verantwortungsvolles Mitglied in diese Gemeinschaft einfügen werde. Die iranische Regierung müsse zur Verantwortung gezogen werden.

Die New York Times hat am 9. Dezember 2005 unter der Schlagzeile "Iranischer Präsident schlägt vor, Israel nach Europa zu verlegen" gemeldet, dass der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad Zweifel daran geäußert habe, dass der Holocaust stattgefunden habe und vorgeschlagen habe, Israel nach Europa zu verschieben. Seine Bemerkungen, die von der offiziellen iranischen Nachrichtenagentur IRNA von einer Pressekonferenz in Mekka berichtet wurden, folgten seinem Aufruf vom Oktober 2005, „Israel von der Landkarte auszulöschen“, welcher international verurteilt wurde.

Der Pressesprecher des Weißen Hauses, Scott McClellan, habe, wie die New York Times berichtet, diese Bemerkungen als weiteren Beweis dafür bezeichnet, warum es so wichtig sei, dass die iranische Regierung keinen Zugang zu Nuklearwaffen haben dürfe.



Die Anti-Defamation League (ADL) hat in einer Pressemitteilung am 09. Dezember 2005 den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen dazu aufgefordert, dem Iran strafende Maßnahmen, inklusive Sanktionen, aufzuerlegen. Der ADL-Direktor Abraham H. Foxman bemerkte, der Iran habe der Welt durch die wiederholten Verletzungen der UN-Charta die „lange Nase“ gezeigt, indem er zur Zerstörung eines Mitgliedsstaates aufgerufen habe, während er gleichzeitig den zerstörerischen Pfad des Erwerbs von Nuklearwaffen und der Unterstützung des Terrorismus verfolge.

Am 14. Dezember 2005 hat der iranische Präsident Ahmadinedschad den Holocaust als „europäischen Mythos, der dazu benutzt worden sei, einen jüdischen Staat im Herzen der islamischen Welt zu errichten“ bezeichnet. Hierzu berichtete die New York Times am 15. Dezember, dass diese Äußerungen vom Weißen Haus, Israel, Deutschland, Frankreich und der Europäischen Kommission verurteilt worden seien.

Scott McClellan, Pressesprecher des US-Präsidenten, habe, laut New York Times, hierzu erneut bemerkt, dass alle Verantwortlichen in der internationalen Gemeinschaft erkennen würden wie abscheulich die Äußerungen seien und hinzugefügt, dass die Äußerungen unterstreichen, warum es so wichtig sei, dass die internationale Gemeinschaft weiterhin daran arbeitet, den Iran von der Entwicklung von Nuklearwaffen abzuhalten.

Der geschäftsführende Vorstand des American Jewish Committee hat am 21. Dezember 2005 eine Erklärung zur Bedrohung durch den Iran verabschiedet, in dem die internationale Gemeinschaft aufgefordert wird, entschieden zu handeln, um das iranische Regime vom Erwerb von Atomwaffen abzuhalten. Der Vorstand unterstütze die ernsthaften Versuche der EU-3 mit Unterstützung der USA zur Verhandlung mit dem Iran, um das Atomprogramm zu beenden. Bisher seien die Ergebnisse aber noch nicht zufriedenstellend. Daher fordere das AJC die internationale Gemeinschaft auf, dem Iran nukleare, diplomatische, politische, wirtschaftliche, personenbezogene und militärische Sanktionen aufzuerlegen.

Dr. Norbert Wagner, 9. März 2006

Tel.: +1-202-4645840

E-Mail: office@kasusa.org

5. Großbritannien

Die in mehreren Reden enthaltenen Aussagen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zu Israel und dem Holocaust sind in der britischen Öffentlichkeit durchaus wahrgenommen worden. Offenkundig ist jedoch, dass die eigentliche Problematik in der Mischung aus dieser radikaler Rhetorik und dem iranischen Atomprogramm gesehen wird. Im Vordergrund der britischen Reaktionen steht daher die Eindämmung und Begrenzung möglicher Folgen der Wiederinbetriebnahme iranischer Nukleartechnologie und nicht so sehr die Auseinandersetzung mit den „nicht hinnehmbaren“ (Tony Blair) Äußerungen des Präsidenten.

Dabei ist auch zu beobachten, dass die britische Politik nach den Erfahrungen mit dem Irak-Konflikt und seinen nachteiligen innenpolitischen Folgen jeglichen „Eskalations-Automatismus“ vermeiden will. Dementsprechend sind die Stellungnahmen zu den Äußerungen von Präsident Ahmadinedschad unmissverständlich, weisen aber nicht die gleiche Entschlossenheit in den Konsequenzen auf, wie sie gegenüber Saddam Hussein zu beobachten war.

Auch ist auffällig, dass in Bezug auf die die Reden Ahmadinedschads die Wiedergabe von Reaktionen aus dem Ausland die britischen Stellungnahmen überwiegt. Dies gilt für die Stimmen aus Deutschland, Österreich, den USA und dem Europäischen Parlament, einschließlich der Anregung, den Iran von der Fußballweltmeisterschaft auszuschließen.

Die britische Regierung hatte während des informellen EU-Gipfels im Dezember 2005 in Hampton Court auf den folgenden Beschluss hingewirkt:

“EU leaders meeting at Hampton Court today condemned in the strongest terms the comments in respect of the State of Israel attributed to President Ahmadinedschad of Iran. Calls for violence, and for the destruction of any state, are manifestly inconsistent with any claim to be a mature and responsible member of the international community.

Such comments will cause concern about Iran's role in the region, and its future intentions. The fact that these comments were made on the same day as a horrific attack on Israeli civilians should reinforce the lesson that incitement to violence, and the terrorism that it breeds, are despicable and unacceptable acts. For its part, the EU remains committed to a solution to the Arab-Israeli dispute based on the principle of two states living side-by-side in peace and security. It urges all parties in the region to do their utmost to bring that vision to fulfillment.”



Auf seiner Pressekonferenz nannte Premierminister Blair die Äußerungen des iranischen Präsidenten "völlig unakzeptabel". Außenminister Straw hat im Unterhaus eine Erklärung im gleichen Sinne abgegeben und seither in einer Reihe von Reden und Interviews zum Iran wiederholt.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen Regierung und Opposition gibt es in dieser Frage nicht. In der öffentlichen Meinung wird nicht über die Reden des Präsidenten gestritten, wohl aber gibt es eine Debatte über den Umgang mit dem Iran, den Vorrang von Diplomatie gegenüber Sanktionen oder Gewaltandrohungen, sowie über die unterschiedlichen Standards, mit denen nach Auffassung einiger der Iran gegenüber anderen Atommächten gemessen wird. Dabei wird in erster Linie auf Israel, Pakistan und Indien verwiesen.

Thomas Bernd Stehling, 16.3.2006

Tel.: +44-20-78344119

E-Mail: kas-uk@kas.de

6. Russland

Die Außenpolitik Moskaus im Nahen Osten hat seit Ende 2005 an Dynamik gewonnen und zeigt das Interesse Präsident Putins, Russland wieder zu einem weltpolitischen Faktor bei der Lösung der Probleme in der Region werden zu lassen. Insbesondere sind hier die Initiativen zu bilateralen Verhandlungen mit dem Iran über sein Atomprogramm und die Einladung der Hamas nach Moskau zu erwähnen.

Sowohl die öffentliche Meinung als auch die russische Regierung sind sich der Unberechenbarkeit des iranischen Präsidenten und seiner Atompläne bewusst. Dies umso mehr, seitdem die bilateralen Gespräche zwischen der iranischen und russischen Regierung in Teheran und Moskau Ende Februar zu noch keinem konkreten Ergebnis geführt haben. Nach Einschätzung des Nationalen Außen- und Sicherheitspolitischen Rates der Russischen Föderation ist die Sicherheitslage an der südlichen Peripherie Russlands gefährdet: „Die Folgen sind allerdings nicht katastrophal, solange das Regime im Iran stabil bleibt“, heißt es in einer offiziellen Stellungnahme. Der Iran werde seinerseits weder Atomwaffen einsetzen noch sie an andere Staaten oder gar Terrororganisationen weitergeben. Allerdings treibe die iranische Bombe andere Staaten der Nahost-Region zur Nachahmung, zur „arabischen Bombe“.



Die Regierung vertritt weiterhin den Standpunkt, andauernde Verhandlungen seien nützlicher als eine neue UN-Sicherheitsratsresolution, die das iranische Verhalten verurteilen und das Land isolieren würde. Dabei scheinen offensichtlich auch Moskaus kommerzielle Interessen im Iran, die u.a. mit dem Bau des Atomreaktors in Buschehr verbunden sind, eine Rolle zu spielen. Verständnis äußert Russland dafür, dass der Iran Atomenergie zivil nutzt.

Die Reaktionen auf die Holocaust-Verleugnungen Präsident Ahmadinedschads sind eindeutig: Bereits im Dezember vergangenen Jahres veröffentlichte die Presseabteilung des Außenministeriums der Russischen Föderation ein Statement, in dem klargestellt wurde, dass „allgemein bekannte historische Tatsachen existierten, die mit dem zweiten Weltkrieg verbunden sind, darunter auch der Holocaust.“ Die iranischen Äußerungen seien „inakzeptabel“, so das russische Außenministerium.

Die Äußerungen des iranischen Präsidenten zum Holocaust werden genauso wie der „Karikaturenstreit“ auch in den Medien breit diskutiert und umfassend kommentiert. So spricht Boris Dolgin, Redakteur einer der anerkanntesten Online-Zeitungen, „polit.ru“, in seinem jüngsten Artikel von der „Identifizierung (Irans) mit dem deutschen Faschismus“. Er schließt aus, dass Russland für ein derartiges iranisches Regime irgendein Verständnis aufbringt. Der Ton der Berichterstattung ist in allen Medien distanziert und reflektiert ein gewisses Maß an ironischer Distanz.

Ähnlich aufmerksam verfolgen die russischen Medien die offiziellen russischen Kontakte Anfang März zu Hamas. Gegenüber der „Iswestija“ äußerte der Außenminister, die Hamas-Delegation habe klar erklärt, dass ihr Hauptziel die Gewährleistung des Friedens in der Region sei. Die Priorität für die Hamas habe die Lösung der scharfen sozialen und wirtschaftlichen Probleme des palästinensischen Volkes: Armut, Arbeitslosigkeit und Korruption. Allerdings sei es notwendig, dass die Hamas sich zu einer friedfertigen Organisation wandle, erklärte der russische Außenminister: Ob es eine Fortführung der bilateralen Gespräche zwischen der Hamas und dem einzigen Land der G8 gibt, welches sie nicht als Terrororganisation einstuft, ist unklar. Allerdings wird Russland bemüht sein, den diesjährigen G8-Vorsitz zu nutzen, um sich als potentieller Vermittler im Nahen Osten zu präsentieren.

Dr. Thomas Kunze / Henri Bohnet, 13. März 2006

Tel.: +7-495-9357778
Email: info@adenauer.ru



7. Italien

Mit einer Massendemonstration in Rom, an der Politiker aus Regierungs- wie Oppositionsparteien teilnahmen, hat Italien am 3. November 2005 auf die rhetorischen Angriffe des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegen Israel reagiert. Die Demonstration, an der nach Angaben der Veranstalter 15.000 Menschen teilnahmen und die live im italienischen Fernsehen übertragen wurde, war von dem bekannten TV- und Zeitungsjournalisten Giuliano Ferrara (Chefredakteur von „Il Foglio“) organisiert worden, der als einer der führenden neokonservativen Intellektuellen Italiens gilt. Als ein wichtiges Signal wurde es verstanden, dass Politiker aus Regierungs- wie Oppositionsparteien an dem Fackelzug zur iranischen Botschaft in Rom teilnahmen. Es war das einzige Mal im ganzen italienischen Wahlkampf, dass sich italienische Politiker aus allen politischen Lagern über die Parteigrenzen hinweg einig zeigten.

Auch Berlusconi und Prodi stellten sich, obwohl sie am Fackelzug nicht teilnahmen, hinter die Demonstranten. Der Premier empfing die Botschafter aus islamischen Staaten zum Abendessen, um ihnen das Existenzrecht Israels zu erläutern, während der Oppositionsführer es ihm in getrennten Gesprächen mit den Botschaftern Israels und des Iran gleichtat.

Allerdings waren Vertreter der radikalen Linken aus Prodis „Unione“, etwa Bertinotti von der „Kommunistischen Neugründung“, nicht zu der Demonstration erschienen – sie verurteilten zwar Ahmadinedschads Äußerungen, wollten durch ihr Fernbleiben aber das palästinensische Recht auf einen eigenen Staat betonen und gegen die israelische Besatzung der West-Bank protestieren. Auch „Alleanza Nazionale“-Parteichef und Außenminister Fini war, obgleich er sich „ideell“ in den Fackelzug einreichte, nicht gekommen, weil er bei einer Teilnahme „negative Auswirkungen für die nationalen Interessen und die Sicherheit von Landsleuten“ fürchtete. Teheran hatte vor der Demonstration den italienischen Botschafter einbestellt, um gegen die Kundgebung zu protestieren; in iranischen Medien waren Italien und auch die Fiat-Familie Agnelli als „zionistisch“ bezeichnet worden. Fini, der 2003 zum ersten Mal Israel besucht und seiner Partei die Abkehr vom Antisemitismus abgerungen hat, bekräftigte aber unmissverständlich seine „Abscheu“ angesichts von Ahmadinedschads „nicht hinnehmbaren Drohungen“ gegen Israel.

Der Wahlkampf und der Karikaturenstreit ließen Italiens Öffentlichkeit die Aufregung über Ahmadinedschad dann schnell wieder vergessen. Nach der Demonstration politischer Einmütigkeit schlug bald wieder die Stunde des Zwistes. Zwar wurde dabei in keinem



Moment von irgendeiner Seite Sympathie für Ahmadinedschads Haltung geäußert. Aber am Schluss einer pro-palästinensischen Demonstration in Rom im Februar, zu der linke Parteien aus dem „Unione“-Wahlbündnis eingeladen hatten, wurde vor dem zentralen Palazzo Venezia, unter „Sharon Mörder“-Rufen von Teilnehmern, eine Israel-Fahne verbrannt. Italiens extreme Linke ist traditionell sehr palästinenserfreundlich. Prodi ist in seinem Wahlbündnis auf diese Linksaußen-Parteien angewiesen, was die Klarheit seines Bekenntnisses zu Israels Existenzrecht beeinträchtigt.

Ein ähnliches Problem hat aber auch die Regierung mit ihrem Wahlbündnis. Nicht alle nehmen der „Alleanza Nazionale“ die Distanzierung von Mussolinis Rassegesetzen und das Ja zum Staat Israel ab. Und im rechten Wahlbündnis ist Berlusconi auch auf kleinere rechtsextreme Bewegungen angewiesen, vor allem auf die „Alternativa Sociale“ der „Duce“-Enkelin Alessandra Mussolini. Der Chef der neofaschistischen Bewegung „Movimento Sociale Italiano - Fiamma Tricolore“, Luca Romagnoli, rückte Ende Februar zumindest inhaltlich in die Nähe des Holocaust-Bezweiflers Ahmadinedschad, als er in einem TV-Interview meinte, er könne „weder bestätigen noch dementieren“, ob es die Gaskammern in Auschwitz wirklich gegeben habe. Trotz dieser Äußerung kandidiert Romagnoli bei den bevorstehenden Wahlen auf einem Listenplatz von Berlusconis Parteienbündnis.

Ungeachtet dieser einzelnen abweichenden Stimmen in beiden großen Lagern gibt es doch einen breiten Konsens in Italiens Politik, dass Ahmadinedschads Angriffe auf Israel inakzeptabel sind. Der Mitte-Rechts-Block hat das Bekenntnis zu Europas „jüdisch-christlichen Wurzeln“ und den Kampf „gegen jedweden Fundamentalismus“ ausdrücklich in sein Wahlprogramm aufgenommen; „Unione“-Politiker Rutelli von der „Margherita“ betonte im Februar 2006 bei einem Besuch in Jerusalem Israels Existenzrecht.

Dr. Beatrice Gorawantschy, 12.03.2006

Tel. +33-1-56691500

E-Mail: beatrice.gorawantschy@wanadoo.fr

8. Frankreich

Die Äußerungen des iranischen Präsidenten zu Israel gaben Anlass zu dezidierter Presse-Berichterstattung in Frankreich. Die offiziellen Stellungnahmen des französischen Staatspräsidenten und des Außenministers bezogen sich auf eine eindeutige Verurteilung



der durch den iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad abgegebenen Drohung, Israel von der Karte zu „radieren“.

Staatspräsident Chirac gab seiner Empörung Ausdruck, die Aussagen von Ahmadinedschad seien „unsinnig und unverantwortlich“, der iranische Präsident liefere Gefahr, sein Land in die Schusslinie aller anderen Länder zu bringen; er unterstrich, dass man sich in Europa einig sei, solche Erklärungen zu verurteilen und er würde in dieser Angelegenheit „dieselbe Linie wie Bundeskanzlerin Angela Merkel“ verfolgen und sich ebenfalls der britischen Stellungnahme anschließen; auch Frankreich sei entschlossen, alles zu tun, was notwendig ist, damit es keine Drohungen gegen das Existenzrecht Israels gibt.

Die Stellungnahme des französischen Außenministers Philippe Douste-Blazy lautete ähnlich: „Ich halte die Aussagen des iranischen Präsidenten (...) für schockierend und inakzeptabel. Ich verurteile sie mit vollster Entschiedenheit. Niemand hat das Recht, die Existenz des Staates Israel in Frage zu stellen.“ Die Existenzgrundlage Israels sei unumstritten, da sie auf einer gemeinsamen Entscheidung der Vereinten Nationen beruhe.

In Folge hat Frankreich den iranischen Botschafter einberufen, um eine Erklärung für die inakzeptablen Äußerungen Ahmadinedschads zu erhalten. Seitens des französischen Außenministers wurde im Zusammenhang mit den iranischen Drohungen nochmals betont, dass sich Frankreich weiter für den „Dialog der Kulturen“ einsetzt.

Die offizielle Stellungnahme Frankreichs zu den Drohungen des iranischen Staatspräsidenten ist die des strengen, geschlossenen Kurses gegen Iran. Bewertet werden die Äußerungen als weitere Radikalisierung der Politik Irans, die dem iranischen Staatspräsidenten dazu dienen, seine interne Machtposition zu festigen. Die eigentliche Bedrohung in der Thematik sehen die französischen Politiker, die Medien und die französische Öffentlichkeit allerdings vielmehr in der atomaren Bedrohung – letzteres zieht sich thematisch fast täglich durch die Berichterstattung.

Dr. Beatrice Gorawantschy, 12.03.2006

Tel. +33-1-56691500

E-Mail: beatrice.gorawantschy@wanadoo.fr

9. Skandinavien

In den skandinavischen Staaten sind die Reaktionen auf die Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad unterschiedlich.

Während in Schweden eher zurückhaltend auf die Äußerungen von Präsident Ahmadinedschad eingegangen wird – Außenminister Laila Freivalds nennt sie unakzeptabel und eine Behinderung des Versuchs, Frieden für die Region zu schaffen – sorgt eine jüngst veröffentlichte Studie für Aufsehen, nach der 25% der Schweden eine negative Meinung über einen möglichen jüdischen Premierminister haben und 41% eine teilweise oder völlig negative Auffassung zu Juden generell haben.

In Dänemark greifen die Zeitungen zumeist auf Agenturmeldungen zurück, beziehen aber in einzelnen Kommentaren klar Stellung gegen Ahmadinedschad („Iran hat einen ehemaligen Terroristen, heutigen Holocaust-Leugner und erklärten Antisemiten als Präsidenten“). Außenminister Moller hat in Reden und Stellungnahmen mehrfach auf das von den UN garantierte Existenzrecht Israels hingewiesen sowie darauf, dass Dänemark Mitglied der „International Task Force on Holocaust Education, Remembrance and Research (ITF)“ ist. Präsident Ahmadinedschad sei „eine Herausforderung für Toleranz“.

In Norwegen hat sich Außenminister Jonas Gahr Stoere unverzüglich von den Ausführungen des Iran distanziert und den Botschafter des Landes einbestellt. Die Zeitungen kritisieren Ahmadinedschad als „Extremisten“ und meinen, diejenigen Muslime, die Antisemitismus propagieren, würden der eigenen Sache schaden und sich als Repräsentanten ihrer Glaubensbrüder disqualifizieren.

Thomas Bernd Stehling, 16.3.2006

Tel.: +44-20-78344119
E-Mail: kas-uk@kas.de

10. BeNeLux-Länder

In Belgien, den Niederlanden und Luxemburg wurde den Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad zum Holocaust und zum Existenzrecht Israels in den Medien

und der politischen Öffentlichkeit hohe Aufmerksamkeit gewidmet. Allerdings ist die Reaktion bei Presse und Medien insgesamt schwächer als in Deutschland.

Die belgische Presse und Parteienlandschaft widmet den Äußerungen des iranischen Präsidenten im Vergleich zu den anderen Beneluxstaaten die höchste Aufmerksamkeit. Ein Leitartikel von Gérald Papy in der Zeitung Libre Belgique zitiert die Kommentare des iranischen Präsidenten und die Reaktionen anderer Regierungschefs. Er verwies ebenso auf die kritischen Stimmen im Iran. Ahmadinedschads Vorgänger Chatami sowie seine politischen Anhänger sehen solche ideologisierten antizionistischen Verbalattacken mit großer Sorge. Die Tageszeitung Le Soir titelte am 28.10.2005 „L'Iran se sanctionne en agressant Israël“ (Iran bestraft sich selber). Der Konfrontationskurs der ideologischen Rechten im Iran führe zu internationaler Isolation. Gleichzeitig bestünde nun die Gefahr, dass die moderaten Kräfte im Iran nun auch vom Westen überhört würden.

In einer gemeinsamen Resolution verurteilt das belgische Parlament die israelfeindlichen Äußerungen und verweist auf die bisherige Position des Iran (Anerkennung des Existenzrechtes Israel durch die unterzeichnete UNO Resolution). Die Regierungsparteien – Liberale (Vlaamse Liberalen en Democraten - VLD), sowie flämische (Social Progressief Alternatief - SP.a) und frankophone Sozialisten (Parti Socialiste - PS) – reagierten unmittelbar in aller Entschiedenheit. Ebenso verhält es sich mit den Flämischen Christdemokraten „Christen-demokratisch & Vlaams“ (CD&V). Sie thematisierten parteiübergreifend die strikte Ablehnung und Distanzierung von der Position des iranischen Präsidenten und die unbedingte Notwendigkeit, gerade jetzt die zivilgesellschaftlichen Kräfte im Iran zu stärken. Der „Vlaams Belang“ gab keine Stellungnahme zu diesem Thema ab.

Das Medienecho der niederländischen Printmedien auf die Holocaust-Leugnung und die israelfeindlichen Äußerungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad waren unüberhörbar. Allerdings fehlten besonders die kritischen Stellungnahmen und Kommentare. Die großen Zeitungen wie der „De Telegraaf“ oder „De Volkskrant“ beschränkten sich auf Beschreibung und Zitierung der iranischen Position. Der iranische Präsident wurde damit zitiert, dass der Holocaust ein Mythos sei und dass der Staat Israel einem Tumor ähnelt und von der Landkarte verschwinden müsse.

Das niederländische Außenministerium nahm umfassend kritisch zu diesen Äußerungen Stellung. Der Botschafter der iranischen Vertretung wurde einbestellt.



Die Reaktionen der politischen Parteien in den Niederlanden fielen gemischt aus. Liberale und linksgerichtete Parteien distanzieren sich in ihren Pressemitteilungen von der iranischen Führung und bezeichnen Ahmadinedschads Äußerungen als inakzeptabel. Die Aussagen seien gefährlich für die internationale Gemeinschaft. Die Tatsache, dass Teheran bereits weltweit 40 Botschafter zurückgerufen und ersetzt habe, die in der Vergangenheit einen reformorientierten Weg unterstützt hatten, sei ein deutliches Zeichen für den neuen radikalen Konfrontationskurs. Mit Sorge betrachte man ebenso den Umgang mit Frauen und Homosexuellen im Iran, schrieb die Partei der Arbeit in ihrer Pressemitteilung vom 02.11.2005. Die Stellungnahmen der liberalen Parteien (VVD und D66) ebenso wie die Grüne Linke erhielten ähnliche verurteilende Töne. Dem gegenüber stehen die Parteien, die keine Stellungnahme zum Thema abgegeben haben. Dazu zählt die Regierungspartei CDA wie auch die sozialistische Partei (SP) und die „Lijst Pim Fortuyn“. Daraus ist natürlich nicht abzuleiten, dass diese Parteien dem Thema keine Aufmerksamkeit widmeten. Allerdings wurde dieses Thema nicht öffentlichkeits-wirksam kommuniziert.

Die luxemburgische Presse fiel durch unzureichende Berichterstattung zum Thema auf. Keine der beiden großen Tageszeitungen „Luxemburger Wort“ und das „Tageblatt“ berichteten über die Anschuldigungen und Drohungen des iranischen Präsidenten.

Der luxemburgische Außenminister, Jean Asselborn, verurteilte die Äußerungen auf das Schärfste. Er erklärte, dass das Existenzrecht Israels nicht in Frage gestellt werden dürfe. Die Suche nach einer dauerhaften Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes entstehe durch die Koexistenz der beiden Staaten. Er erwähnte ebenfalls, dass im November 2005 die Hauptversammlung der Vereinten Nationen eine Resolution verabschiedete, die „alle Fehldarstellungen der historischen Fakten des Holocausts verurteilt“. Auch der Iran unterschrieb diese Resolution.

Der Präsident des luxemburgischen Abgeordnetenhauses, Lucien Weiler, erwähnte, dass die einstimmig gefasste Resolution des luxemburgischen Abgeordnetenhauses vom 20. Dezember 2005 die Äußerungen des iranischen Präsidenten über die Leugnung des Holocausts sowie des Existenzrechts Israels verurteilt. Weiler betonte, dass die Äußerungen Ahmadinedschads einen unvergleichlichen und inakzeptablen Vorgang eines Staatschefs eines UNO-Mitgliedstaates darstellen.

Dr. Peter R. Weilemann, 16.3.2006

Tel.: +32-2-7430746



E-Mail: sekretariat@eukas.be

11. Türkei

Die Drohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegen Israel und seine im Zusammenhang damit gefällten Aussagen über den Holocaust wurden in den türkischen Medien eher nebensächlich behandelt. Die Leugnung des Holocaust wurde weder in den Medien noch von den türkischen Politikern aufgegriffen und kommentiert. In den türkisch-iranischen Beziehungen stehen offensichtlich andere Aspekte im Vordergrund.

Prinzipiell ist man an gut nachbarschaftlichen Beziehungen interessiert, obwohl beide Staaten und deren Rechtsvorgänger seit Jahrhunderten Gegenspieler um eine regionale Vormachtstellung sind. Der Iran ist für die Türkei mit 3 Mrd. USD im Jahr 2005 ein wichtiger Handelspartner, und die Türkei bezieht einen ca. 30% Anteil seiner Erdgasnachfrage aus dem Iran. Ganz oben auf der Agenda der bilateralen Beziehungen stehen das iranische Atomprogramm und etwas unbedeutender der wachsende Einfluss des Iran auf die schiitische Mehrheit im Irak. Die Türkei versucht, auf beide Probleme vermittelnd einzuwirken.

Auf den Webseiten des türkischen Außenministeriums werden die wichtigsten außenpolitischen Interessen der Türkei unter strategischen Gesichtspunkten gegenüber allen Ländern des Nahen Ostens - außer dem Iran - ausführlich dargestellt. Es scheint, dass der Iran aufgrund seiner großen Bedeutung für die Türkei ausgeklammert bleiben muss, damit eventuelle bilaterale Entwicklungspotentiale auch genutzt werden können. Diese dürfte auch in der Reaktion auf die Aussagen Ahmadinedschads eine Rolle gespielt haben.

Dieses spezielle Verhältnis findet auch in der Aussage des iranischen Botschafters in Ankara - der Iran könne sich bei der Urananreicherung ein gemeinsames Vorgehen mit der Türkei auf türkischem Boden vorstellen - seinen Niederschlag. Die Türkei wies dies zurück. Andererseits hat vor wenigen Tagen der türkische Außenminister Abdullah Gül deutlich gemacht, dass das iranische Atomprogramm nicht weniger gefährlich sei als das israelische.

Die besondere Rolle der Türkei im Nahen Ostens spiegelt sich auch in der Frage der Holocaust-Leugnung des Iran wider. Das Land versucht sich immer mehr als Moderator zwischen dem Westen und dem Osten, zwischen den USA und Israel einerseits und dem Irak, Iran und den palästinensischen Autonomiegebieten und anderen Krisenherden der



Region andererseits. Damit die Türkei diese Vermittlerposition auch erfolgreich umsetzen kann, hält sich Ankara mit Kritik in dieser Frage zurück.

Dirk Tröndle, Ankara 13.03.2006

Tel.: +90-312-4404080

E-Mail: d.troendle@konrad.org.tr



2006 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Redaktion: Dr. Peter Fischer-Bollin, Teamleiter Europa/USA
Katja Plate, Referentin, Team Europa/USA

Klingelhöferst. 23, 10907 Berlin (Postanschrift)
Tel.: 030 26996-3526, Fax: 030 26996-5-3526
E-Mail: peter.fischer-bollin@kas.de